

## Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 14. Juli 2016

Antrags-Nr. 16-F-08-0032

### **Wiesbadener Ferienkarte - Teilhabechancen erhalten - Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 06.07.2016 -**

Aufgrund von Kürzungen soll es die bisherige Ferienkarte, die bislang alle Wiesbadener Familien für 26 Euro kaufen konnten, in diesem Jahr nicht mehr geben. Der geplanten Einsparung von 75 000 Euro beim städtischen Ferienprogramm soll die bisherige Familienkarte zum Opfer fallen.

Außerdem wird es infolge dieser Kürzung die kostenlose Ferienkarte in diesem Jahr nur noch für 2 500 Kinder und Jugendliche aus Familien, die Leistungen nach SGB II beziehen, geben. Laut Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II für 2015 bezogen 9 422 Personen unter 15 Jahren und 3 845 Personen zwischen 15 und 25 Jahren Leistungen nach SGB II. Damit werden über 10 000 Kinder und Jugendliche, die an der Ferienkarte interessiert sein könnten, von einer gleichberechtigten Teilhabe und Teilnahme an den Freizeitveranstaltungen ausgeschlossen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle deshalb beschließen:

1. Die Wiesbadener Ferienkarte bleibt erhalten.
2. Um eine weitere Verringerung von Teilhabechancen zu verhindern, werden die Kürzungen im Wiesbadener Ferienprogramm wieder zurückgenommen.
3. Der Magistrat wird beauftragt, eine Sitzungsvorlage zu erstellen, aus der die Deckung der erforderlichen Mittel hervorgeht.

---

### **Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 14.07.2016**

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Neu Punkt 4.:

„Die Angebote der Wiesbadener Ferienkarte müssen ständig überprüft und evaluiert werden, damit diese seitens der Stadt auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zugeschnitten werden können. Zudem ist zu gewährleisten, dass Hilfsbedürftige einen transparenten und verständlichen Überblick über alle Angebote erhalten.“

---

### **Beschluss Nr. 0190**

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 06.06.2016 wird einschließlich des Änderungsantrages der FDP-Fraktion vom 14.07.2016 zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie überwiesen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2016

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .07.2016

Dem Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales,  
Gesundheit, Integration, Kinder und Familie  
zur weiteren Veranlassung-

Dezernat II  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Goßmann  
Bürgermeister